

Antragsbereich MAT / Antrag 10/II/2022

AntragstellerInnen: AK Umwelt und Energie

10/II/2022: Beitrag des AK Umwelt und Energie der Münchner SPD zum UB-Leitantrag betreffend das Landtagswahlprogramm der Bayern SPD

1 ***Stromerzeugung und -speicherung***

2

3 Wir stehen klar zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens. Um diese zu
4 erreichen, ist ein deutlich stärkerer Ausbau der Photovoltaik- und Windkraftanla-
5 gen nötig.

6

7 Hierzu muss speziell die dezentrale Energiegewinnung gefördert werden, da
8 hierdurch die Netze entlastet werden und weniger kosten- und zeitintensive
9 Stromtrassen benötigt werden. Außerdem trägt eine dezentrale Energiegewin-
10 nung zu einer gerechteren Verteilung der Gewinne der Energieerzeugung bei. Ein
11 elementarer Baustein ist dabei der Abbau von bürokratischen Hindernissen in
12 Bayern.

13

14 Auch mit einer dezentralen Energiegewinnung ist ohne Speichermöglichkeiten
15 ein massiver Netzausbau erforderlich, wenn wir es schaffen wollen, bis 2035
16 weitestgehend erneuerbare Energien bei der Stromerzeugung zu verwenden.
17 Neben der Verteilung der erzeugten Energie ist damit die Speicherung ein we-
18 sentlicher Bestandteil des Handlungsbedarfs der kommenden Jahre. Aufgrund
19 der Fluktuation der erneuerbaren Energien werden wir ohne Speicher außerdem
20 langfristig nicht auf treibhausgasemittierende Stromerzeugung verzichten
21 können oder von der Stromerzeugung unserer Nachbarländer abhängig sein.

22

23 Die Förderung bei Energiespeichern, auch bei der Wärme- und Kälteerzeugung,
24 sollte dabei technologieoffen erfolgen und neue Technologieideen sollten stetig
25 gefördert werden.

26

27 Zusätzlich sehen wir Anpassungsbedarf und ein Neudenken beim Denkmal-
28 schutz, um PV-Anlagen auch auf Altbauten zu ermöglichen. Hierfür halten wir es
29 für sinnvoll, Vorschriften für PV-Paneele einzuführen, die mögliche Farben und
30 Formen vorschreiben und so auch in das Gesamtbild des denkmalgeschützten
31 Gebäudes passen.

32

33 Wir begrüßen die von CSU und Freien Wählern beschlossenen Lockerungen der
34 10-H-Regelung, allerdings gehen diese aus unserer Sicht nicht weit genug und
35 für einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien fordern wir eine

36 Streichung der 10-H-Regelung. Um möglichen Einwänden der Bevölkerung zu
37 begegnen, sollten Windkraftanlagen, welche auf Flächen errichtet werden, die
38 lärmtechnisch vorbelastet sind, wie z.B. neben Bahnstrecken, viel befahrenen
39 Bundesstraßen, oder Autobahnen, rasch und unbürokratisch umgesetzt werden
40 können. Der Vogelschutz hat seine Berechtigung, darf jedoch nicht als vorgeschobenes
41 Windanlagenverhinderungs-Argument benutzt werden. Daher bedarf es
42 vereinfachter und gut begründeter Regelungen für den Arten- und Naturschutz
43 bei der Errichtung von Windkraftanlagen.

44

45 ***Wärmeerzeugung und -speicherung***

46

47 Neben der Erzeugung von Strom ist speziell die Erzeugung von Wärme ein
48 enorm relevanter Punkt, um die Klimaschutzziele erreichen zu können. Vor dem
49 Hintergrund der Abhängigkeit von russischem Gas erhält die Wärmeerzeugung
50 außerdem noch eine weitere politische Dimension und Relevanz neben der
51 klimapolitischen.

52

53 Ein Ersatz konventioneller und klimaschädlicher Wärmeerzeugung ist möglich
54 mittels Wärmepumpen, Geothermie und bei Überangebot von erneuerbarem
55 Strom durch heizen mit Strom.

56

57 Wir wollen eine starke Förderung von Wärmepumpen, weil diese eine effiziente
58 und potenziell CO₂-freie Art der Wärmeerzeugung darstellen. Da Wärmepumpen
59 im Sommer auch zum Kühlen verwendet werden können und dies deutlich
60 effizienter als mit einer separaten, klassischen Klimaanlage ist, speziell bei der
61 passiven Kühlung, sollen Bauunternehmer gesetzlich verpflichtet werden, den
62 Auftraggeber über diesen zusätzlichen Nutzen der Wärmepumpe zu informieren.
63 Für die Errichtung von Gebäuden durch einen Bauträger soll eine Positivliste
64 erstellt werden, welche die zulässigen Kriterien für die Installation von separaten
65 Klimaanlage regelt, um auch hier eine primäre Nutzung der Wärmepumpen
66 zur Kühlung zu forcieren. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk darauf,
67 dass Nachrüstungen sozialverträglich gestaltet werden und nicht zu Lasten der
68 Mieterinnen und Mieter gehen.

69

70 Bestehende Wärmenetze sollen dekarbonisiert werden. Falls möglich, ist dem
71 Einsatz von Geothermie hier Vorrang zu geben. Dabei soll auch die Erzeugung
72 von Kälte mitbedacht werden. Der Freistaat Bayern soll einerseits den Ausbau
73 der Geothermie fördern und speziell finanzielle Risiken der Bohrung absichern
74 sowie andererseits finanzielle Mittel zur besseren Erforschung der Reserven
75 und neuer Technologien zur Verfügung stellen. Desweiteren die Kooperation
76 zwischen Nachbargemeinden unterstützen, um effektive Wärmenetze auch über
77 Gemeindegrenzen hinweg zu ermöglichen.

78

79 Neben der Erzeugung von Wärme ist, wie bei der Stromerzeugung, auch die
80 Speicherung ein relevanter Punkt. Die Entwicklungen der verschiedenen Wärme-
81 speichertechnologien auf dem Weg zur Marktreife müssen unterstützt werden.
82 Daneben ist aber auch die Etablierung intelligenter Nahwärmenetze der 4.
83 bzw. 5. Generation (Niedertemperaturnetze) finanziell und unbürokratisch zu
84 fördern, welche das (Ab-)Wärmeangebot sowie die Wärme bzw. Kältenachfrage
85 unterschiedlicher Teilnehmer, wie z.B. Rechenzentren oder Supermärkten, in-
86 telligent verknüpfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger*innen hierbei nicht
87 auf die Rolle als Konsument beschränkt bleiben, sondern, wo sinnig, auch als
88 Wärmelieferant auftreten können.

89

90 ***Stadtplanung und Bauen***

91

92 Wir setzen uns für ein mittelfristiges Verbot von offenen Kaminen ein, da diese
93 eine sehr ineffiziente Verfeuerung von Holz darstellt. Zusätzlich fordern wir
94 eine Pflicht zu Schadstofffiltern bei Kaminen, da diese maßgeblich zu hohen
95 Schadstoffwerten, vor allem Feinstaub, an kalten Tagen beitragen.

96

97 Wir fordern ein Neudenken bei der Förderung von Hausisolierungen bei Neu-
98 bauten und Sanierungen. Hier sollte eine gezielte Förderung von nachhaltigen
99 Isolierungen stattfinden.

100

101 ***Artenschutz, Naturschutz und Klimaanpassung***

102

103 Der Klimawandel bedeutet vor allem für die Städte eine deutliche Erhöhung
104 der Hitzebelastung im Sommer. Hinzu kommt Überschwemmungsgefahr bei
105 Starkregen, der ebenfalls zunehmen wird. Dies erfordert erhebliche Anpassun-
106 gen, vor allem um die Gesundheit aber auch das Eigentum der Bewohnerinnen
107 und Bewohner zu schützen. Einen ganz wesentlichen Beitrag dazu leisten
108 Wälder, bzw. Bäume und Grünanlagen. Andererseits können viele Baumarten
109 dem Temperaturanstieg und dem zunehmenden Wassermangel im Boden nicht
110 standhalten. Daher müssen vermehrt hitzeresistentere Baumarten angepflanzt
111 werden. Inwieweit dazu auch nicht-einheimische Arten genutzt werden können,
112 muss weiter untersucht werden. Wir fordern daher eine intensive wissenschaftli-
113 che Begleitung der nötigen Anpassungsmaßnahmen im Baumbestand bzw. bei
114 Neupflanzungen.

115

116 Außerdem benötigen Bäume ausreichend Platz im Wurzelbereich, um die
117 Wasseraufnahme zu gewährleisten. Daher fordern wir in allen Bereichen ein
118 „Entsiegelungsprogramm“. Wo immer möglich, müssen versiegelte Flächen
119 verkleinert oder ganz entsiegelt werden. Statt einer Stellplatzabgabe muss eine
120 Begrünungsabgabe eingeführt werden, so dass Bauherren eine bestimmte Größe
121 von Grünflächen bei ihren Bauvorhaben einplanen müssen.

122

123 Auch die Wälder außerhalb der Städte müssen an den Klimawandel angepasst
124 werden. Für die Auswahl der geeigneten Baumarten ist ebenfalls wissenschaftli-
125 che Beratung erforderlich.

126

127 Das Artensterben stellt mittlerweile eine ebenso große Bedrohung dar wie
128 der Klimawandel. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden,
129 um das Artensterben aufzuhalten. Es muss zur Regel werden, dass auf allen
130 öffentlichen Grünflächen bevorzugt einheimische Blühpflanzen ausgebracht
131 werden und dass im Allgemeinen erst im Spätsommer erstmals gemäht wird, so
132 dass die Insekten auch im Sommer noch genügend Nahrung finden. Ausnahmen
133 sollten nur aufgrund von Sicherheitsanforderungen gemacht werden oder wenn
134 die Erholungsfunktion der Grünanlage dies erfordert. Bei den privaten Grund-
135 stückseignern muss dafür geworben werden, mit ähnlichen Maßnahmen die
136 Artenvielfalt zu unterstützen.

137

138 ***Landwirtschaft und Ernährung***

139

140 Unsere Ernährungsgewohnheiten und die daraus resultierende landwirtschaftli-
141 che Erzeugung von Nahrungsmitteln tragen in erheblichem Maß sowohl zur Erd-
142 erwärmung als auch zum Artensterben bei. Daher fordern wir, dass die biologi-
143 sche Landwirtschaft verstärkt gefördert wird. Außerdem muss intensiv für eine
144 Ernährung mit einem geringeren Anteil an Fleisch und anderen tierischen Produk-
145 ten geworben werden. Als Werbemaßnahme sollten z.B. bei den beliebten Volks-
146 festen neben Schweinsbraten und Grillhendl auch ausreichend vegetarische Ge-
147 richte angeboten werden.